

18.28

Abgeordneter Mag. Gerald Hauser (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In aller gebotenen Kürze: Frau Minister, Ihren Anspruch, dass jedes Kind die gleiche Chance haben soll, kann man nur unterschreiben und unterstreichen. Wer will das, bitte, hier im Hohes Haus nicht? Jeder möchte das! Aber man muss auch die notwendigen und entsprechenden Schritte in diese Richtung setzen.

Noch einmal – ohne dass ich mich da zu oft wiederhole –: Ohne dass man die deutsche Sprache ausreichend beherrscht, kann man natürlich dem Regelunterricht nicht folgen, und damit kann man auch den Lehrinhalt nicht aufnehmen. Deswegen müssen wir alle notwendigen Schritte setzen, dass die nicht vorhandenen Sprachkenntnisse so rasch wie möglich nachgeholt werden. Aus freiheitlicher Sicht ist es so, dass wir der Meinung sind, dass ein Eintritt in das Regelschulwesen überhaupt nur bei Vorliegen ausreichender Sprachkenntnisse möglich ist. Alles andere wird nicht funktionieren.

Wenn ich mir jetzt diese Reform anschau, dass die Sprachstartgruppen vor Eintritt in den Regelunterricht elf Wochenstunden anstelle der Pflichtgegenstände zur Verfügung haben, so heißt das, dass die Kinder im Regelunterricht im Wesentlichen noch in Turnen, Zeichnen, Werken unterrichtet werden, allerdings in den Hauptgegenständen Lesen, Schreiben, Rechnen Deutschunterricht haben und da nicht unterrichtet werden.

Sitzenbleiben können diese Kinder auch nicht mehr, denn das ist anscheinend der große Wurf dieser Reform, dass es eben keine Noten mehr gibt und kein Sitzenbleiben mehr möglich ist. Dann frage ich Sie wirklich: Wie soll das Ganze funktionieren? In den Hauptfächern Lesen, Schreiben und Rechnen gibt es den Unterricht nicht, weil da Deutsch mit elf Wochenstunden unterrichtet wird. Wie funktioniert das Ganze? Also ich glaube nicht, dass das funktionieren wird. Ich bin gespannt. Wir halten unseren Anspruch aufrecht, dass vor Eintritt in die Regelschule ausreichend Deutschkenntnisse vorhanden sein müssen.

Nun zu Tagesordnungspunkt 6, den man bisher nahezu nicht angesprochen hat, betreffend das landwirtschaftliche Schulwesen: Da gibt es ja eine Änderung. Da werden im Wesentlichen die Mittel und die Ausbildungsschwerpunkte beginnend ab dem Schuljahr 2019/2020 zukünftig in Tirol, in Rotholz im Zillertal, konzentriert, wo der Schwerpunkt mit dem Sitz der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sowie Lebensmittel- und Biotechnologie festgemacht wird.

Wir sind absolut für eine Professionalisierung und für eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Ausbildung. Wir geben allerdings auch zu bedenken, dass ab dem Schuljahr 2019/2020 die HBLA in Kematen geschlossen wird. Die HBLA in Kematen ist eine landwirtschaftliche Schule, die ein ausgesprochen gutes und positives Image nicht nur in Tirol genießt. Sie wurde im Jahre 1959 gegründet und ist seit damals auch im Schulwesen in Tirol hervorragend positioniert.

Da hat es auch eine Unterschriftenaktion seitens der Eltern gegeben – immerhin 25 000 Unterschriften, die über eine Petition auch in das Parlament gekommen sind. Viele Eltern sind der Meinung, dass sich das sehr ungünstig für sie auswirkt, speziell jene aus den Bezirken Imst, Landeck und Reutte, weil die Kinder aus diesen Bezirken zukünftig automatisch in ein Internat in Rotholz gehen müssen, wenn sie diese landwirtschaftliche Schule besuchen müssen. Wie Sie wissen, ist das mit zusätzlichen Ausbildungskosten für die Eltern verbunden.

Um das auf den Punkt zu bringen: Die Schule in Rotholz wird professionalisiert – das ist in Ordnung –, aber auf der anderen Seite wird die Landwirtschaftsschule in Kematen zugesperrt, was auch mit Einschränkungen verbunden ist, speziell für Schüler aus dem Westen Tirols, aus den Bezirken Imst, Landeck und Reutte.

Und ich verstehe die Eltern, wir Freiheitliche verstehen die Eltern. Wir werden diesen Prozess möglicherweise nicht mehr aufhalten können. Wir bedauern das sehr, zumal Kematen, wie schon von mir erwähnt, schulpolitisch sehr gut und sehr positiv im Schulwesen in Tirol eingeführt war und ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

18.33

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofinger zu Wort. – Bitte.